

**Rede des für Ost- und Zentralafrika zuständigen
Berichterstatters Herrn Hartwig Fischer, MdB
am 12.02.04 im Plenum des Deutschen Bundestages zum Antrag der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Umdenken in der Kongopolitik"**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie ist die Ausgangslage zehn Jahre nach dem Genozid in Ruanda und nach fünf Jahren Bürgerkrieg im Bereich der Großen Seen, der 3,5 Millionen Tote vor allem in der **Demokratischen Republik Kongo** gefordert hat? Wir haben darüber im Mai eine intensive Debatte geführt, haben Anträge beraten und Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Auf diese Weise haben wir in diesem Parlament mit dafür gesorgt, dass über die Medien die Situation der Menschen in der Demokratischen Republik Kongo in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt worden ist. Wir erleben, dass sich die Übergangsregierung bemüht, die Situation in der DR Kongo zu stabilisieren. Aber der Frieden, der dort derzeit herrscht, ist außerordentlich zerbrechlich.

Noch vor etwa einem Jahr hatte die **MONUC** nur einen reinen Beobachterauftrag. Noch im Frühjahr waren Tausende von Toten zu beklagen. „MONUC steht heute auf den Schultern von ARTEMIS“, so hat William Lacy Swing, der Sonderbeauftragte der UNO, gesagt. Die MONUC hat ein anderes, ein stabileres Mandat erhalten und kann nun zum Frieden in der Region beitragen. MONUC hat aber noch immer nicht genügend Personal, um den Ostkongo insgesamt zu befrieden. Wir haben vor 14 Tagen erleben müssen, dass im Bereich des Albertsees über 100 Familien auseinander gerissen wurden; 100 Männer wurden ermordet, die Frauen und die Kinder haben das Martyrium einer Entführung erlebt und sind seitdem verschwunden. Wir haben aber auch erlebt, dass MONUC sofort flexibel reagiert hat und zwei neue Garnisonen in Arhu und Mahagi aufgestellt hat. Man agiert und reagiert also.

Im Ostkongo gibt es über 47 Brigaden von fünf verschiedenen Milizen mit circa 180 000 Kämpfern, die es zu befrieden gilt. Damit ist MONUC derzeit noch überfordert. Wir können aber feststellen, dass es zum Beispiel eine Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Regierung gibt. Vor zwei Tagen wurde mithilfe des Bischofs dafür gesorgt, dass man in Bukavu den Gouverneur abgesetzt hat, nachdem 10 Tonnen Waffen auf dem Grundstück des Gouverneurs gefunden und dann entsorgt werden konnten.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Welches sind die notwendigen Schritte? – Der erste notwendige Schritt ist die Demobilisierung der Soldaten, insbesondere der Kindersoldaten. Eine Stabilisierung des Ostkongo werden wir aber nur durch die Festigung von rechtsstaatlichen Grundsätzen erreichen, wozu der Aufbau und die Ausbildung der Polizei und der Justiz unterstützt werden muss; der Kollege Büttner hat das kurz angesprochen. Der zweite notwendige Schritt ist der Ausbau der Infrastruktur. Schließlich ist das Gebiet so groß wie Europa und hat eine Grenze zwischen den verfeindeten Staaten von knapp 10 000 Kilometern, die es zu sichern gilt, ohne dass es ausreichend Straßen gibt.

Wir müssen die Regierung der DR Kongo unterstützen, dass die illegale Ausbeutung der Bodenschätze auch durch ein transparentes Konzessionsvergabeverfahren unterbunden wird. Vielen ist gar nicht bewusst, dass die DR Kongo die grüne Lunge Afrikas ist, die ähnlich wie das Amazonasgebiet in Brasilien mit zum Weltklima beiträgt.

Dies alles veranlasst uns natürlich, die Zusammenarbeit zu verstärken. Es existiert bereits ein Investitionsschutzabkommen. Wir brauchen dieses Investitionsschutzabkommen, damit wir gemeinsam handeln und verhandeln können und damit die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** verstärkt wird. Die wichtige Arbeit der NGOs und der Kirchen muss insbesondere im Bereich der Grundbildung, der beruflichen Bildung und der Gesundheit weiter verstärkt werden. Parallel dazu müssen Projekte gestützt und ausgebaut werden – wie zum Beispiel die Projekte der Welthungerhilfe –, durch die Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wird. In den nächsten Wochen und Monaten benötigt die Demokratische Republik Kongo eine besondere Unterstützung bei der Vorbereitung der demokratischen Wahlen. Insbesondere gilt es, auch die Nichtregierungsorganisationen bei dieser Vorbereitung zu unterstützen.

Eine der zentralen Forderungen der Union ist allerdings auch, dass die DR Kongo wieder zum Partnerland der deutschen Entwicklungsarbeit wird. Dies ist auch mit Blick auf die Konferenz der Staaten in der Region der Großen Seen wichtig. Die Verhandlungen dort dienen der Stabilisierung Zentralafrikas,

wodurch auch die Demokratische Republik Kongo auf gleicher Augenhöhe mit anderen Partner- und Schwerpunktländern verhandeln können muss.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Insbesondere zwischen der EU, Deutschland und den anderen Geberländern brauchen wir dringend die Koordinierung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit bei staatlichen und nicht staatlichen Aktivitäten. Sicherheit und Stabilität liegen auch im deutschen Interesse.

Es stellt sich auch die Frage, wie wir mit den **Flüchtlingslagern** dort umgehen. Bilden wir dort einen Bodensatz, durch den Fundamentalisten in dieser Region eine Chance für Terrorismus und Islamismus gegeben wird? Aus einem Krieg resultieren Ströme von Flüchtlingen, auch Wirtschaftsflüchtlingen. Diese schädigen die gesamte Entwicklung in Zentralafrika und später eventuell auch in der Bundesrepublik Deutschland. Prävention ist auf Dauer günstiger als Reparatur.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kollege Büttner, ich wende mich nun an Sie. Sie haben die Aussage unseres Kollegen Kraus aufgegriffen, nach der es in unserem Ausschuss sehr harmonisch zugeht. Das ist gut so; denn es liegt im gemeinsamen Interesse. Wir müssen aber aufpassen, dass die gemeinsame Zielsetzung des Parlaments – entsprechende Forderungen werden durch Parlamentsbeschlüsse aufgestellt – Berücksichtigung findet. Ich gehe gerne noch einmal auf die strittigen Anträge ein. Im Mai des vergangenen Jahres lagen zwei Anträge vor, über die wir uns leider nicht einigen konnten. Ich gehe jetzt nur auf den Antrag ein, den Sie damals gestellt haben.

In Ihrem Antrag von damals stand, die Arbeit der MONUC müsse finanziell und politisch – auch durch die Entsendung von Führungskräften in den Stabsstellen – unterstützt werden. Diese Forderung an die Bundesregierung kam auch von Ihrer Seite. In diesem Bereich hat sich nichts getan.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: So ist es!)

Es gibt einen zweiten Bereich. In unserem Antrag forderten wir, die **Luftüberwachung** zu verstärken. Wir wissen, dass 80 Prozent der Waffentransporte – derzeit noch weitestgehend aus Uganda – auf dem Luftweg erfolgen. Wir haben die Bundesregierung damals dazu aufgefordert, eine Luftüberwachung mit aufzubauen. Das Ganze ist fast ein Jahr her. Wie uns Herr Swing ausdrücklich noch einmal bestätigt hat, ist in dieser Frage nichts passiert.

Wir haben auch gefordert, dass die Programme gemäß Ihrem Antrag, der durch das Parlament verabschiedet wurde, in Bezug auf die **Kindersoldaten** erweitert werden. Ich bin dort gewesen. Ich habe mich über die Situation in Bunia informiert und mir ein Lager mit 100 Kindersoldaten angesehen. Bezüglich der Situation vor Ort wurde uns gesagt: Wenn wir sie dazu aufrufen, aus dem Wald zu kommen und sich entwaffnen zu lassen, um wieder resozialisiert zu werden, dann stehen plötzlich 2 000 junge Leute bei uns in der Stadt. Die Programme greifen nicht, weil wir erst in dem Augenblick handeln dürfen, wenn die Menschen da sind. Dann sind wir jedoch nicht darauf vorbereitet, weil die Mittel erst später zur Verfügung gestellt werden.

Das ist eine unbefriedigende Situation. Deshalb erwarte ich, dass die Bundesregierung das, auf was wir uns im Ausschuss verständigt haben und was hier im Parlament verabschiedet worden ist – das ist jetzt fast ein Jahr her –, auch umsetzt, damit es eben nicht nur Gegenstand einer Debatte bleibt, sondern auch ein Handeln zur Folge hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Staatspräsident Kabila und Hartwig Fischer, MdB anlässlich des Besuches des kongolesischen Präsidenten in Berlin, wo Herr Fischer ihn zu einem Gespräch über die Situation in der Demokratischen Republik Kongo getroffen hat.